

„Die Guten und die Bösen“

www.kas.de

Schwarz-Weiß-Denken bestimmt die Debatte zur „Lage der Nation“ im spanischen Parlament

Ministerpräsident José Luis Zapatero (Sozialistische Partei) und Oppositionsführer Mariano Rajoy (Volkspartei) schenkten sich am ersten Tag der „Debatte zur Lage der Nation“ am Dienstag im vollbesetzten Parlament, dem „Congreso de los Diputados“, nichts. Die gegenseitigen Vorwürfe waren dabei oft alt bekannt: Der jeweils andere lüge und trage Schuld an der Spaltung der spanischen Gesellschaft und der Zerstörung des politischen Konsenses. Diese Anschuldigungen waren nicht ganz unerwartet, vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich Spanien im Vorwahlkampf befindet und die „Debatte zur Lage der Nation“ die parlamentarische Auseinandersetzung ist, welche - ähnlich der Haushaltsdebatte in Deutschland - im Jahresverlauf die meiste mediale Aufmerksamkeit auf sich zieht. Diese Gelegenheit nutzt die Opposition üblicherweise zur Generalabrechnung mit der Regierung. Mehrmals hintereinander lieferten sich Regierungschef und Oppositionsführer heftige Schlagabtausche. Die knapp zweistündige Eingangsrede Zapateros – die Regierung verfügt über unbegrenzte Redezeit – konzentrierte sich vor allem auf die Erfolge seiner Regierung in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Nur am Rande kam der Regierungschef auf die Antiterrorpolitik und die Autonomiepolitik zu sprechen, obwohl diese Themen die Politik der vergangenen Jahre bestimmten und zur politischen Polarisierung der Gesellschaft führten.

Trotz der vielfachen Wiederholung von Altbekanntem brachte die Debatte einige Über-

raschungen und Besonderheiten. So gab Regierungschef Zapatero in einem Nebensatz bekannt, dass er die ihm zur Verfügung stehende Legislaturperiode voll bis zum März 2008 auszuschöpfen plane. Er wolle in den „acht Monaten“, die ihm noch an der Regierung blieben, aktiv weiter sein politisches Programm durchsetzen, welches „ein der Moderne zugewandtes, sozial gerechtes und solidarisches Land“ zum Ziel habe. In den vergangenen Monaten, und insbesondere seit den Kommunal- und Regionalwahlen vom 27. Mai, hatte es mehrfach Spekulationen über vorgezogene Wahlen in Spanien gegeben. Diesen Gerüchten hat Ministerpräsident Zapatero vorerst ein Ende gesetzt.

Für Zapatero ist seine Regierung eine Erfolgsgeschichte. So habe diese bisher 2,5 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen, das hohe Wirtschaftswachstum mit verursacht und die Außenpolitik neu justiert. Besonders stolz zeigte sich Zapatero über die „Ausweitung der sozialen Rechte“. Als solche versteht er das „Gesetz über Geschlechtergleichheit“, das „Gesetz gegen Häusliche Gewalt“, die Vereinfachung der Ehescheidung oder die Einführung der Ehe mit Adoptionsrecht für Homosexuelle. Zudem feierte er mehrfach die Etablierung eines neuen Schulfaches „Bürgererziehung“. Dieses bringt den Schülern Respekt vor dem Gesetz und den Menschenrechten sowie Toleranz bei und sei somit alles andere als ideologische Indoktrinierung.

Im Bezug auf den Antiterrorkampf habe seine Regierung alles versucht, um auf dem Weg der Verhandlungen zu einem dauerhaften Frieden zu kommen. Dabei hätten ihn „alle parlamentarischen Gruppen unterstützt, außer der Volkspartei“. Überraschend kündigte Zapatero an, künftig bei der Geburt jedes Kindes eine Einmalzahlung von 2.500 Euro zu bewilligen. Entgegen der Volkspartei, die der sozialistischen Regierung zu Unrecht vorwerfe, die Familien zu zerstören, seien die Familien in Spanien dank der Gesetze der sozialistischen Regierung „nie so stark gewesen wie heute“.

Oppositionsführer Mariano Rajoy von der Volkspartei sieht Spanien in einem völlig anderen Licht. In seiner knapp 45-minütigen Rede – die Redezeit für den Oppositionsführer ist generell auf 40 Minuten begrenzt – griff Rajoy die Regierung in fast allen Politikbereichen an. Ein Drittel seiner Rede war allein der Antiterrorpolitik Zapateros gewidmet. Diese kritisierte er auf das Heftigste und schonte die Regierung in keiner Weise; trotz der kürzlich getroffenen Übereinkunft zwischen Regierung und Opposition, nach dem offiziellen Ende der ETA-Waffenruhe in Sachen Antiterrorismus zusammenzuarbeiten.

Spanien müsse sich verändern und einen Weg beschreiten, den Angela Merkel in Deutschland und Nicolas Sarkozy in Frankreich wiesen, hob Rajoy hervor. Im Gegensatz dazu habe es „nie zuvor in der Geschichte des demokratischen Spaniens eine so armselige und perspektivlose Regierung“ gegeben wie die aktuelle. Die Lage Spaniens gebe „keinerlei Anlass dazu, stolz zu sein“. Die Regierung sei handlungsunfähig und aus diesem Grund habe die Legislaturperiode eigentlich schon aufgehört. Zapatero solle dies erkennen und die Wahlen vorverlegen. Ironisch kritisierte Rajoy die Wirtschaftspolitik der Regierung. Zapatero stelle die derzeitige wirtschaftliche Lage so dar, als habe Zapatero höchst persönlich den spanischen Wirtschaftsaufschwung bewirkt. Dabei wüsste jedes Kind, dass dies nicht der Fall sei. Die Regierung lebe nach wie vor von den Früchten der Regierung von José María Aznar.

In seiner Rede warf der PP-Vorsitzende dem Regierungschef vor, seit Amtsantritt den gemeinsamen Boden des politischen Konsenses konsequent in allen Politikbereichen verlassen zu haben. So wolle seine Regierung mit dem „Gesetz zur Historischen Erinnerung“, das den Spanischen Bürgerkrieg aufarbeiten soll, darüber entscheiden, „wer die Guten und wer die Bösen“ gewesen seien. Von den Kindern würde gefordert, in der „Bürgererziehung“ den „Katechismus des guten Sozialisten“ zu lernen. Die Außenpolitik der Regierung sei ein „Boxhorn“. Die Kunst der Internationalen Politik bestehe „nicht darin, pittoresk zu sein sondern verlässlich“. Die Regierung müsse die „kubanischen Dissidenten unterstützen und nicht erniedrigen“. Durch seinen Umgang mit den Autonomiestatuten habe Zapatero mit der Staatsstruktur gespielt „wie ein Kind mit einem Baukasten“. Schließlich dankte Oppositionsführer Rajoy dem Ministerpräsidenten dafür, mit seinem kurz zuvor gemachten Versprechen von zusätzlichem Geld für Kinder „einen Teil des Wahlprogramms der PP kopiert“ zu haben.

Mit heftigen Angriffen gegen die Regierung und Zapatero bereitete Rajoy das Thema Antiterrorismus auf. Beim Antiterrorkampf habe Zapatero versagt und der Terrorgruppe politische Zugeständnisse gemacht. Die „Regierungspropaganda“ behauptete zwar, dies sei nicht der Fall, jedoch sprächen die Tatsachen für sich. Deswegen müsse Zapatero die Verhandlungsakten mit der ETA öffentlich machen. Spanien habe ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren. Rajoy betonte allerdings auch seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Die spanische Gesellschaft müsse gerade in der Frage der Bekämpfung der ETA-Terrorismus zum Konsens zurückkehren und die ETA mit „vereinten Kräften besiegen“.

Die Debatte wurde von zahlreichen Zwischenrufen des Protestes begleitet. Parlamentspräsident Manuel Marín (PSOE) musste immer wieder zur Ruhe rufen. Auf Seiten der PP war der Protest besonders ausgeprägt, als Zapatero sich für seine Antiterrorpolitik rechtfertigte, das „Gesetz zur Historischen Erinnerung“ verteidigte und als er

AUSLANDSBÜRO SPANIEN

MICHAEL DÄUMER

SEBASTIAN GRUNDBERGER

05.Juli 2007

www.kas.de

über das Schulfach „Bürgererziehung“ sprach.

Beim Thema Antiterrorpolitik gab es während der Rajoy-Rede zahlreiche laute Proteste und Zwischenrufe seitens der Regierungsfraktion. Die Abgeordneten drückten ihren Unmut aus, als Rajoy sagte, wenn ETA „die Spanier angreife“, werde auch er „immer ETA die Schuld geben“. In den vergangenen Wochen und Monaten hatten die Sozialisten Aussagen des Oppositionsführers so aufgefasst, als gebe dieser der Regierung eine Mitschuld für die Terroranschläge. Auch als Rajoy der Regierung vorwarf, nicht genug für die Sicherheit der spanischen Truppen im Libanon getan zu haben, reagierten die sozialistischen Abgeordneten entrüstet. Zapatero selbst antwortete sichtlich bewegt, dieser Vorwurf sei ungeheuerlich und ein Novum in der spanischen Geschichte. Rajoy sagte darauf, der Ministerpräsident solle „nicht weinen, sondern regieren“ und sich seiner Verantwortung stellen.

Bewertung

Die Debatte hat einmal mehr gezeigt, dass Regierung und Opposition verschiedene Sprachen sprechen. Das Klima ist polarisiert und beide Seiten schieben sich gegenseitig die Schuld zu. Wenn auch die parlamentarische Debatte dazu gedacht ist, die Unterschiede zwischen Regierung und Opposition zu verdeutlichen, so bestimmte ein Schwarz-Weiß-Denken den politischen Diskurs. Die angesprochenen Themen, allen voran die Antiterrorpolitik, aber auch die Familien- und Bildungspolitik, dürften auch die Kernachsen des nächsten Wahlkampfes werden. Die Europapolitik hingegen wurde praktisch nicht erwähnt; dabei hätte Ministerpräsident Zapatero, der sich auf dem letzten EU-Gipfel europolitisch stark engagiert und profiliert hatte, die Möglichkeit gehabt, die Opposition zu attackieren. Diese hatte sich ausgerechnet der Position der polnischen Regierung, die den Kompromiss in der Verfassungsfrage lange blockiert hatte, angeschlossen.

Zapatero zeigte sich in seiner ersten Rede staatsmännisch, bevor er in seinen Antworten auf Rajoy diese staatsmännische Attitü-

de immer mehr aufgab und hart mit Rajoy ins Gericht ging. Immer wieder versuchte er, alle anderen Fraktionen auf die eine und die PP auf die andere Seite zu stellen. Dies ist eine klare Wahltaktik, um möglichen Bündnissen zwischen PP und besonders der katalanischen CiU vorzubeugen. Darüber hinaus nutzte Zapatero immer wieder das Wort „mentira“ (Lüge), um die Erinnerung an den Terroranschlägen vom 11. März 2004 in der Öffentlichkeit wach zu halten. Rajoy setzte auf scharfe Opposition und benutzte dabei zahlreiche rhetorische Figuren. Er versuchte, sich als derjenige zu präsentieren, der das Land aus der von ihm konsolidierten Krise führen kann.

Grundlegend Neues hat die Debatte nicht gebracht. Sie hat jedoch deutlich aufgezeigt, wo die zentralen Konfliktpunkte der spanischen Politik und auch der spanischen Gesellschaft liegen. Wer das Rededuell letztlich gewonnen hat, wird die Analyse zum Ende der Woche bringen. Einer ersten Umfrage der Tageszeitung „El Mundo“ zufolge sind allerdings 44 Prozent der Spanier der Ansicht, Regierungschef Zapatero habe das Rededuell gewonnen. Knapp 12 Prozent weniger (32,1%) sehen Rajoy als den Sieger des Tages. Klar ist jetzt schon, dass Ministerpräsident Zapatero es geschafft hat, sich nicht von der oppositionellen Volkspartei in die Defensive drängen zu lassen. Der Regierungschef war gut vorbereitet und behielt das Heft während der Debatte stets in der Hand. Oppositionsführer Rajoy hat sich zwar nicht von Zapatero beirren lassen, doch schien er Schwierigkeiten zu haben, dem Regierungschef seine Fehler deutlich nachzuweisen. Alle Argumente waren bereits schon im Vorfeld genügend ausgetauscht worden. Neues kam in der Tat nicht vor. Dabei hätte die Rajoy die Möglichkeit gehabt, die Regierung in die Defensive zu drängen. Diese Gelegenheit hat die Opposition versäumt. Aber auch Ministerpräsident Zapatero hat ein Bild von Spanien aufgezeigt, das so nicht existiert. Der CiU-Fraktionsvorsitzende, Josep A. Duran i Lleida, bemerkte in einer ersten Reaktion zu der Rede Zapateros, dass er das Gefühl gehabt habe, im „falschen Film“ zu sein. Hätte ein Ausländer der Rede von Zapatero zuge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO SPANIEN

MICHAEL DÄUMER

SEBASTIAN GRUNDBERGER

05.Juli 2007

www.kas.de

hört, wüsste er nicht, in welchem Land er sich befindet, so Duran.

Spanien bleibt nach der Debatte weiter gespalten. Regierung und Opposition werden die Debatte genauestens analysieren, um ihre Wahlstrategien für das kommende Jahr zu entwickeln.